



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 14.04.2015

Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der 6. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 19.03.2015

öffentlich

10.6 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Mülheim 0636/2015

RM Weisenstein hält es für richtig, offen und sorgsam über das Ansinnen des großen Versicherungskonzerns zu diskutieren, weil es um die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze gehe. Er weigere sich allerdings, eine solch wichtige Diskussion unter der von der Verwaltung vorgegebenen Eilbedürftigkeit zu führen, zumal sich das Verfahren bereits seit vielen Jahren in der Bürgerbeteiligung befinde. Bislang habe Einigkeit geherrscht, den Güterbahnhof als gemischtes Quartier zu entwickeln. Zudem gebe es für den Investor möglicherweise einen Alternativstandort in Köln Deutz. Er plädiert eindringlich dafür, die Vorlage heute ohne Wiedervorlageverzicht in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, damit dem Stadtentwicklungsausschuss die Möglichkeit gegeben werde, die Sachlage in angemessener Zeit zu beurteilen. Anderenfalls werde die Fraktion Die Linke die Vorlage ablehnen.

RM Jahn zeigt Verständnis für die Ausführungen des Herrn Weisenstein. Vermittelnd weist sie darauf hin, dass sich der Stadtentwicklungsausschuss noch öfters mit der Thematik auseinandersetzen werde, nämlich im Rahmen des Offenlage- und des Aufstellungsbeschlusses. Ihr sei es vielmehr wichtig heute klar festzuhalten, dass sollte das Vorhaben des Investors auf dem in Rede stehenden Gelände nicht realisiert werden, man auf den alten Planungsstand des Werkstattverfahrens zurückspringe um darauf aufzubauen. Eine heutige positive Beschlussfassung dürfe keinesfalls für möglicherweise künftige VEP's gelten.

RM Sterck hält die Forderung von Frau Jahn für eine Selbstverständlichkeit. Es sei dennoch richtig, dies auch noch mal klar festzuhalten. Nicht nachvollziehen könne er indes den Einwand des Herrn Weisenstein. Schließlich diene der Wiedervorlageverzicht ausschließlich dem Bürokratieabbau und der Vermeidung unnötiger Druckkos-

ten. Sofern die Fraktion Die Linke das Vorhaben ablehne, möge sie das heute klar äußern.

SE Abeke geht es bei dem Verfahren um die Beteiligung von Migranten, denn schließlich werde das Areal seit Jahren überwiegend von dieser Bevölkerungsschicht bewohnt. Die Verwaltung habe aufgrund eines diesbezüglichen Beschlusses im Integrationsrat zugesagt, Migranten und insbesondere die IG Keupstraße stärker in die Beteiligungsverfahren einzubeziehen. Dies sei seines Erachtens bislang aber nicht geschehen, bzw. der Integrationsrat habe davon keine Kenntnis. Er bittet daher um schriftliche Mitteilung an den Integrationsrat, inwieweit Migranten und die IG Keupstraße an den stattgefundenen Verfahren beteiligt worden seien und inwieweit die Forderungen im Änderungsantrag des Integrationsrates von der Verwaltung Berücksichtigung finden.

RM Kienitz informiert, die IG Keupstraße habe sich im ersten Workshop Verfahren sehr engagiert eingebracht. Nunmehr sei aber auf ein anderes Verfahren umgestellt worden, welches auch eine andere Bebauung vorsehe. Grundsätzlich habe die CDU-Fraktion die bisherigen Planungen begrüßt und stehe auch weiterhin hinter den formulierten Nutzungsanforderungen an das Grundstück. Insofern schließe er sich der Forderung von Frau Jahn an, sich wieder auf den bereits eingeschlagenen Weg zu verständigen, falls die Entscheidung des Investors auf den in Rede stehenden Alternativstandort falle.

Auf Wunsch des Herrn Sterck, der gerne einen einstimmigen Beschluss im Stadtentwicklungsausschuss erreichen möchte, stellt Frau Müssigmann (stellv. Leiterin des Stadtplanungsamtes) die Dringlichkeit der Vorlage dar, welche insbesondere in der Bürgerveranstaltung begründet ist, die noch vor der Sommerpause stattfinden solle. Im Rahmen dessen werde sie auch gerne noch einmal auf die IG Keupstraße zugehen und in das weitere Verfahren einbeziehen. In Anbetracht der zahlreichen Terminabstimmungen wäre es der Verwaltung eine große Hilfe, den Wiedervorlageverzicht in die Beschlussfassung mit aufzunehmen. Anschließend erläutert sie die städtebaulichen Modifikationen zum Plankonzept. So sei das 13-stöckige Gebäude auf nunmehr 10 Geschosse reduziert worden.

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet der Flurstücke 2369, 2544, 2553, 2554, 2555 und 2556, Gemarkung Mülheim, Flur 3, in Köln-Mülheim —Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Mülheim— einzuleiten mit dem Ziel, die Entwicklung eines Büro-Quartiers mit Hotelnutzung auf den überwiegend brachliegenden Flächen zu ermöglichen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2 (Bürgerversammlung als Abendveranstaltung);
3. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls der Wirtschaftsausschuss sowie die Bezirksvertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Die Linke.